# Bericht über die Entwicklung in Polen

# Mai 195

		20200.
a. Ir	nnere Entwicklung	1
·	. Politische Ereignisse	1
	1) Der Druck wächst	1
	2) Keine Raketenbasen in Polen	5
	3) Partei - nach der Verifizierung und vor den internen Wahlen	6
	4) Sozialistischer Jugendverband meldet Erfolge	7
	5) Gleichgeschaltete Pfadfinder	8
	6) Probleme der Westgebiete Polens	9
	Bevölkerung	10
	Landwirtschaft	11
	Industrie	12
	Kulturelles Leben	12
	7) Schwierigkeiten mit der Liquidation der Beschäftigungsüberwüchse	13
	8)"Neue Wege" der Arbeiterselbstverwaltung	14
n,	. Kulturelle und soziale Probleme	16
	1) Ankündigung der Unterdrückung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung	16
	2) Gleicher Start für Arbeiter- und Bauernstudenten?	17
	3) Die Situation auf dem Arbeitsmarkt	18
	4) Schule ohne Religionsunterricht gefordert	18
	5) Bücher eingestampft	19
B. Po	olen und Ausland	20
1	) "Freundschaftsbesuch" in Balkanländern	20
2	) GOMULKA gestern und heute	21
. 3	) Neue Stellungnahme zur Jugoslawien-Frage	22

#### Innere Entwicklung

#### Politische Ereignisse

#### 1) Der Druck Wächst...

Laufe der letzten vier Wochen hat sich die Lage in Polen weiter verschärft. Es lässt sich nicht leugnen: Man hat es mit einer unaufhörlichen, wenn auch langsam fortschreitenden Abkehr von den Positionen, die man im Oktober 1956 bezogen hat, zu tun. Wir registrierten diese Entwicklung schon seit mehreren Monaten und waren auch bemüht, die Gründe dafür zu ermitteln. Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Führer der polnischen Kommunisten - GOMULKA - die Rolle des Liquidators mancher Oktober-Errungenschaften sum Teil selbst und aus freien Stücken übernommen hat.

Die große Welle der Erneuerung, die nach der im Februar 1956 in Moskau ffiziell proklamierten Abkehr vom Stalinismus in ganz Polen heranwuchs und geistige wie materielle Voraussetzungen für den polnischen Oktober schuf, brachte GOMULKA damals an die Macht. Er wurde auf dieser delle emporgetragen, obwohl er keineswegs eine Hauptrolle bei der Schaffung dieser Voraussetzungen gespielt hatte. Indem er die Parteiführung und die Verantwortung für die weitere Entwicklung übernahm, erklärte sich GOMULKA bei der Machtübernahme mit dem solidarisch, was der Oktober 1956 brachte. Sehrbald sollte sich herausstellen, daß er nicht mit allem, was sich in dem Begriff "Oktober" widerspiegelte, einverstanden war. Gewisse geistige Züge des polnischen Oktobers, an deren Herausarbeitung die polnischen Intellektuellen (später als Revisiomisten verschrien) beteiligt waren, entfernten sich allzu sehr von der kommunistischen Orthodoxie, um von GOMULKA verdaut zu werden. Der schon wenige Wochen nach seiner Machtübernahme begonnene ideologische Kampf mit dem "Liquidatoren" und die damit verbundene Einschränkung der Pressefreiheit (also der freien Meinungsäusserung) fand zumindest die Billigung des polnischen KP-Führers. GOMULKA begann dem "Oktober" gewisse Züge zu nehmen, die ihm gefährlich für die Parteiherrschaft und "anarchistisch", "sozialdemokratisch" oder gar "bürgerlich" vorkamen.

Es würde aber auch nicht der Wahrheit entsprechen, wollte man in GOMULKA selbst die Hauptkraft sehen, die die zum Teil erfolgte Abkehr vom Oktober Verursacht hat. GOMULKAs Position war nie die eines Diktators, der lediglich nach eigenem Gutdünken handelte, ohne sich darum kümmern zu müssen, was die anderen dazu sagen würden. Die "Anderen" - das waren im Falle GOMULKAs in erster Linie die internen Parteikräfte, ohne die er nicht regieren konnte. Beide extremen Flügel der kommunistischen Partei in Polen fielen für diese Zusammenarbeit ohnehin aus: Einmal die Stalinisten, weil sie von solcher Sammenarbeit nichts wissen wollten (in den ersten Wochen nach dem Oktober

ine Zusammenarbeit mit ihnen für GOMULKA auch mit Rücksicht auf die Masse der Bevölkerung unannehmbar), zum anderen die Revisionisten "weil GOMULKA sich immer deutlicher von ihnen distanzierte. Alles, was für diese Zusammenarbeit übrigblieb, bestand aus zahlreichen Gruppen und Fraktionen, unter denen die ".echten Gomulkisten", ehem. Sozialisten, das "Zentrum" und die ZAMBRO SKI-Gruppe zu erwähnen wären. Unter diesen Gruppen gab es auch solche, die den "polnischen Oktober" gern "reformieren" wollten, weil er, für ihren Geschmack, zu viele freiheitliche und demokratische Züge hatte. GOMULKA, der auf ihre Unterstützung angewiesen war, musste sich mehrmals dem Druck beugen, der aus diesen Kreisen auf ihn ausgeübt wurde.

To be a supplied to the supplied of the suppli

Vielmehr aber als dieser interhe Druck fiel der grosse Schatten des Kreml, den man auch in der durch den Oktober veränderten Situation weiterhin verspürte, ins Gewicht. CHRUSCHTSCHOW hat GOMULKA "zähneknirschend" als I. Parteisekretär akzeptiert, weil er sich in der damals gegebenen Lage ausserstande sah, eine Intervention in Polen zu befehlen. Der Ton, der von den Sowjets und anderen Satelliten (auch manchen westlichen kommunistischen Parteien) in den ersten Wochen nach dem Oktober 1956 gegenüber GOMULKA angeschlagen wurde, ließ erkennen, daß die Einwilligung CHRUSCHTSCHOWs als erpresst angesehen wurde.

Schon in der ersten Zeit nach der Machtübernahme war GOMULKA mit allen Kräften bemüht, dem Kreml zu beweisen, daß ihm bitteres Unrecht geschieht, wenn man ihn zu einem Verräter an der Sache des Kommunismus stempeln wollte.

Nach der blutigen Niederschlagung der ungarischen Revolution erreichte Moskaus Anschen in der Welt seinen Tiefstpunkt. GOMULKA hatte eine "Verschnaufpause", da der Druck Moskaus auf Polen sehr nachgelassen hatte. Er hat sie nicht susreichend aus enützt, weil er das Odium, dasauf ihm lag, nicht noch größer machen wollte. Seine ersten Konzessionen zugunsten Moskaus entspringen dem Bedürfnis, sich als guter und zuverlässiger Genosse zu erweisen. Moskau hat sich aber nach einigen Monaten von der meralischen Niederlage, die ihm das sowjetische Volk in Ungarn auch bei sonst wohlwollenden Regierungen und Völkern brachte, wieder erholt. Im Kreml hat man sich schnell gesagt, daß von GOMULKA viel mehr herauszuholen ist, wenn man den kalten Krieg gegen ihn aufgibt und ihn wieder in die Familie der "guten Kommunisten" aufnimmt.

Nach allem, was man heute weiß, läßt sich behaupten, daß diese Taktik bei GOMULKA gut gezogen hat. Nach den esten Konzessionen, die er machte, weil er als guter Kommunist anerkannt werden wollte, kamen weitere, die er machte, weil man ihn als guten Kommunisten anerkannt hat. Man hat dabei das Gefühl

a er in seiner Konzessionsbereitschaft manchmal sogar weiter ging, als es e sowjetische Seite von ihm erwartete.

Herbst 1957 endetc der interne Machtkampf im Kreml mit einem eindeutigen sieg CHRUSCHTSCHOWs. Die wissenschaftlichen und technischen Erfolge brachten turz danach das Prestige der SU auf einen Höhepunkt, wie noch nie zuvor. Der Druck, den man sowjetischerseits auf Polen ausübte, wurde immer massiver und immer unumwundener. Diesem Druck kann GOMULKA-Polen auf die Dauer natürlich nicht widerstehen, umso weniger, als es auf sich alleine angewiesen ist. Die Hoffnungen, die man in Warschau auf die "sozialistische Großmacht" China gesetzt hatte, erwiesen sich schon im frühen Sommer vergangenen Jahres als trügerisch. Ein ideologisches Bündnis mit Tito-Jugoslawien kann GOMULKA heutzu-tage nur noch schaden und nicht mehr helfen.

Unter dem konzentrierten sowjetischen Druck geht die Abkehr von den Positionen die GOMULKA aus freien Stücken nie verlassen hätte, unaufhaltsam weiter. Das Beispiel dafür liefern die Äusserungen, die der polnische Parteichef Während seines Besuches in Budapest im Mai 1958 machte. In einer Rede auf einer Massenversammlung bezeichnete GOMULKA die ungarische "Konterrevolution" als das Werk der Imperialisten und die sowjetische Intervention als berechtigt. Wenn man diese Äusserungen mit jenen vergleicht, die er im November 1956 in Warschau machte, und wenn man bedenkt, daß er sich noch im November 1957 in Moskau erfolgreich widersetzte, seine Unterschrift unter eine Resclution zu setzen, in der man die ungarischen Vorgänge ähnlich definierte, wie er es dann selbst vor kurzem in Ungarn machte – so sieht man das ganze Ausmaß der Abkehr, die unter dem Einfluß verschiedener Faktoren kurz nach dem Oktober begann und immer weiter andauert.

Der letzte Monat brachte eine weitere Verschärfung der Lage in Polen, die wir hier kurz registrieren wollen:

Die literarische Zeitschrift "Nowa Kultura", die neben der im wrgangenen Rerbst schon geschlossenen "Po Prostu" eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des polnischen Oktobers spielte, und die sich bis in die letzte Beit nicht dem Druck der Gleichschalter und Scharfmacher beugen wollte, wurde ur Kapitulation gezwungen. Die beiden revisionistischen ehemaligen Chefredakteure dieser Zeitschrift - Wiktor WOROSZYISKI und Jerzy PIORKOWSKI, - Purden abgesetzt. An ihre Stelle kam der Hochschulminister Stefan ZOLKIEWSKY, der bis dahin das Organ des "Parteizentrums" "Polityka" redigierte. Mehrere Litglieder der alten Redaktion von "Nowa Kultura" traten angesichts dieser Lache aus Protest zurück. Die letzte, roch nicht gleichgeschaltete Redak-

ion wurde somit auseinandergejagt, die neue wird sich an die Parteilinie halten.

Nachdem man die beiden politischen Jugendorganisationen, den Verband der Sozialistischen Jugend und den Verband der Dorfjugend, zur Raison gebracht hatte ( sie wollten selbständige, für den Sozialismus kämpfende Verbündete der Partei sein) und ihnen klarmachte, daß sie zu gehorchen haben, wurde jetzt die dritte Massenorganisation der Jugend mit Gewalt politisiert: Die polnischen Pfadfinder. Die Leitung dieser Organisation wurde abgesetzt, selbstkritisch bekannten die Übriggebliebenen, daß sie eine Art unpolitische Organisation bilden wollten, die sich zum Ziel gemacht hatte, aus den Kindern und Jugendlichen "anständige Menschen" zu erziehen. Das war natürlich unentschuldbar. Anstand kann nicht unpolitisch sein. Anständig ist, was der von der Partei vertretenen Sache nützt...

Eine bedrohliche Entwicklung scheint sich auf einem Gebiet anzubahnen, welches noch eine unberührte Domäne des polnischen Oktobers ist: Die Land-wirtschaft. In Warschau sprechen die Eingeweihten davon, daß sich die Sowjets auffallend viel für die Entwicklung in der polnischen Landwirtschaft interessieren, daß sie bei jeder Gelegenheit bemängeln, der Oktober 1956 habe den Sozialismus auf dem Lande liquidiert, daß er heutzutage so gut wie gar nicht existiere, daß deswegen das technische Niveau der polnischen Landwirtschaft so niedrig sei usw. Man erwartet in Warschau, daß sich der sowjetische Druck in der nächsten Zeit auf diesen Abschnitt konzentrieren wird. Sollte GOMULKA auch hier weichen und die Landwirtschaftspolitik der Partei den sowjetischen Forderungen anpassen, so wird damit der polnische Oktober begraben sein.

Die Landwirtschaftspolitik der Partei ist etwas, was etwa die Hälfte der Bevölkerung Polens direkt betrifft und interessiert. Sollte sich ihre Situation gründlich verändern - so müsste das der Anfang vom Ende sein. Die Katastrophe auf dem wirtschaftlichen Gebiete würde sich in Polen dann ins Unermeßliche steigern, von einer Bewirtschaftung der Westgebiete dürfte dann keine Rede mehr sein. GOMULKA wird sich darüber im Klaren sein, was seine Nachgiebigkeit in diesem Punkte bedeuten würde. Es ist zu erwarten, daß er sich mit allen Kräften wehren wird.

Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschungen, wo nach dem Oktober 1956

die Bevormundung von Partei und Doktrin abgeschüttelt wurde, zeichnet sich

benfalls eine Wendung ab. Der oberste Kulturpolitiker der Partei, Politbüro
itglied und ZK-Sekretär Jerzy MORAWSKI, hat vor wenigen Tagen verlangt, daß

ich die Wissenschaftler am politischen Kampf beteiligen und die sozialistische

rxistische Richtung in der polnischen Wissenschaft wieder die Oberhand bemmen müssten. Was man in den letztenzwei Jahren versäumt habe, müsse jetzt
nehgeholt werden. Das bedeutet den Beginn einer neuen Bevormundung der Wisenschaft durch die Partei.

per Prozess der langsamen Liquidation vieler Oktoberpositionen schreitet ilso allmählich fort. Viele dieser Positionen sind schon aufgegeben. Es würde menig nützen, wollte man jetzt versuchen festzustellen, ob das Aufgeben einzelner Positionen vom GOMULKA-Regime verschuldet wurde oder ob man in Warschau unter sowjetischem Druck zur Aufgabe gezwungen worden ist. Aber trotz dieser latsache ist Polen noch heute - verglichen mit anderen Ostblockländern - eine Dase der Freiheit. Nach allem, was hier vorher geschrieben wurde, ist das eine verblüffende Feststellung, oder aber auch ein Beweis dafür, wie groß (gemessen an den Ostblockverhältnissen) die Errungenschaften des polnischen Oktobers waren und noch sind.

#### 2) Keine Raketenbasen in Polen

In seiner Ansprache zur 1. Mai-Feier in Warschau wies GOMULKA auf die Gefahren bin, die mit einer Ausrüstung der Bundeswehr durch Atomwaffen verbunden wären.

"Die westdeutsche Bundeswehr ist heute noch keine gefährliche Kraft, sie kann es aber in ein paar Jahren werden. Die Gefahr des Hitlerismus ist auch nicht auf einmal entstanden, viele Leute wollten sogar längere Zeit diese Gefahr nicht anerkennen."

Ironisch sprach GOMULKA über die Herrlichkeit der "wahren Demokratie", in der die Macht kapitalistischen Großmonopolen gehört. Die Vertreter der "wahren Demokratie" sollten doch den Völkern durch eine Volksabstimmung Gelegenheit geben, sich darüber zu äussern, ob sie die Unterbrechung der Atombombenversuche und Bildung einer atomfreien Zone wünschen oder nicht.

"Was eine bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit ist, beweist die westdeutsche Regierung. Sie lehnte die Forderung der Opposition ab, eine Referendum über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu veranstalten.
Die 'wahre Demokratie' des Herrn Adenauer hat hier einen Triumph gefeiert.
Unter ihren Fittichen darf jetzt jeder ruhig des Atomtodes sterben."

als eine bewußte Lüge bezeichnet GOMULKA die Behauptung, in Polen gäbe es

"Diese Lüge trägt die Züge einer offenen Provokation. In einer Zeit, wo

ien die Bildung einer atomfreien Zone in Europa vorschlägt, fanden sich im Westen verantwortliche Politiker, die entgegen der Wahrheit behaupteten, bei uns, in der CSR und der DDR baue man Basen für gelenkte Raketen mit tomkopf. Westliche Presseagenturen melden, daß Kanzler Adenauer es sogar fertig brachte zu sagen, wie viele solcher Basen schon fertig gestellt wurden."

Die Einheit der sozialistischen Staaten ist das größte Hindernis für die Kriegshetzer.

"Stärken wir die Kraft der sozialistischen Staaten, stärken wir das Bündnis zwischen Polen und der SU, stärken wir die brüderliche Freundschaft
zwischen dem polnischen und dem sowjetischen Volke." \_ rief GOMULKA der
Menge zu.

#### 3) Partei - nach der Verifizierung und vor den internen Wahlen

Die Organisationsabteilung des ZK veröffentlichte am 24. Mai (laut "Trybuna Ludu") die Angaben übek die Zahlen der Mitglieder.

1.266,000 Mitglieder zählte die Partei vor der im Dezember 1957 begonnenen

1.052.000 zählte sie nach Abschluß der Überprüfungsaktion am 31. März 1958. Das bedeutete eine Verminderung um 214.000. Die grösste Zahl der Mitglieder verlor die Parteiorganisation im Bezirk Kattowitz (21 %), die kleinste im Bezirk Kielse (12%).

"Trybuna Ludu" meldete auch den Deginn von Parteiwahlen. Dievom Sekretariat des ZK herausgegebene Instruktion spricht von der Notwendigkeit einer Verstärkung des "Arbeiterkenns" in der Partei, da die derzeitige Zusammensetzung der Parteiinstanzen die soziale Zusammensetzung der Partei nicht richtig widerspiegelt. Die Instruktion weist auch darauf hin, daß der Prozentsatz der Bauern in den Parteiämtern viel zu niedrig sei. Das betreffe auch den "erschreckend niedrigen" Anteil der Frauen in den Parteifunktionen, was der Aktivität der Genossinnen im Parteileben keineswegs entspräche.

In äusserst bezeichnender Weise spricht die Instruktion auch davon, daß bei den letzten Parteiwahlen (nach dem Oktober 1956) viele Genossen "spontan" gewählt worden seien, aber den Aufgaben nicht gerecht werden konnten. Das richtet sich ohne Zweifel gegen die wenigen Überreste der "Revisionisten" und überzeugten Antistalinisten, die vielerorts anstelle der kompromittierten stalinistischen Apparatmitglieder gewählt wurden.

le Instruktion macht auch darauf aufmerksam, daß die innerparteiliche Demoratie nicht zu Zwecken mißbraucht werden dürfe, die den Interessen der Partei entgegen stünden.

#### 4) Sozialistischer Jugendverband meldet Erfolge

ber die letzte Entwicklung in der Jugendorganisation der Partei schreibt "Trybuna Ludu" am 30. Mai.

Das Blatt gibt zu, daß nach der ideologischen und organisatorischen Gleichschaltung des Verbandes die Zahl der Mitglieder stark abnahm, um sich aber in den letzten Monaten wieder zu vergrössern. Im Augenblick hat der Verband 110.000 Mitglieder, davon sind 40.000 seit Januar 1958 der Organisation beisgetreten.

Diejenigen Studenten, die in den ersten Monaten der Existenz des Verbandes dort die Hauptrolle spielten, entwickelten sich aber - nach Ensicht des Parteiorgans - immer stärker zum Revisionismus und zum politischen Abenteurertum hin. Von "diesen Elementen" mußte sich die Organisation tronnen. Die Arbeit unter der Hochschuljugend gehört noch heute zu den schwierigsten Aufgaben der Verbandsleitung. Um aber die Studenten doch in die Organisation zu locken, verspricht man ihnen "weitgehende Attonomie", die die "Spezifik des akademischen Milieus weitgehendst berücksichtigen soll".

Dagegen soll der Verband bei der Organisierung der Jugend aus den Grund- und Mittelschulen viel mehr Erfolg haben. Zu dieser Gruppe gehören schon 10.000 Jugendliche, und ihre Zahl wächst ständig.

Pie Hauptzahl der Mitglieder des Verbandes rekrutiert sich aber aus der berufstätigen Arbeiterjugend. Die stärkste Basis unter der Arbeiterjugend besitzt der Verband nach Angaben der Zeitung in Oberschlesien.

Auf die Initiative des Sozialistischen Jugendverbandes geht auch die Neuschaffung der freiwilligen Arbeitsbrigaden der Jugend (Arbeitsdienst) zurück. Zu der Arbeit in diesen Brigaden werden sich junge Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren melden können. Sie müssen einen Arbeitsvertrag für mindestens ein halbes Jahr unterschreiben, Die "Arbeitsdienstler" werden bei den großen Industrie- uder anderen Bauvorhaben beschäftigt. Ihnen wird auch nach der Fertigstellung des Baus eine Anstellung im erbauten Objekt garantiert.

Den Vorrang bei der Annahme zu den freiwilligen Arbeitsbrigaden werden junge Arbeiter haben, die bei der Liquidierung der Beschäftigungsüberwüchse ihre bisherige Arbeit verloren haben. Die Schaffung der Arbeitsbrigaden, die schon nach dem Kriege existierten und später wieder aufgelöst wurden, ist nicht nur zu erzieherischen Zwecken vorgenommen worden, sondern soll offensichtlich auch eine Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen verhindern.

Die Freiwilligen werden uniformiert und kaserniert sein. Sie bekommen einen "der Arbeit entsprechenden Lohn", von dem man die Kosten für die Einquartierung und Ernährung abziehen wird.

#### 5) Gleichgeschaltete Pfadpfinder

Am. 1. Mai 1958 brachte "Trybuna Ludu" eine Meldung über das Treffen GOMULKAs mit der Leitung des Polnischen Pfadfinderverbandes, das am 29. April stattgefunden hatte. Man sprach nach dem Kommuniqué viel über die Probleme der ideologischen Erziehung der Pfandfinderjugend, wobei der I. Sekretär die Zuversicht aussprach, der Verband werde bei seiner nützlichen Arbeit gewiß auf die Unterstützung der Partei- und Staatsbehörden rechnen können.

Diese Meldung war der Schlußstrich unter eine Entwicklung, die mit der Gldchschaltung der Pfadfinderorganisation endete. Diese Organisation entstand nach der Staatsgründung nach dem I. Weltkrieg und hat sich damals aktiv an den Kämpfen mit der Roten Armee (1920) beteiligt. Aus dieser Zeit datieren die ausgesprochenen patriotischen Wesenszüge der Pfadfinderorganisation, die auch während der Nazi-Besatzung Polens stark zum Vorschein kamen.

Nach dem Kriege hat man im Verlauf der Stalinisierung Polens aus den Pfadefindern ein Anhängsel des einheitlichen Verbandes der Polnischen Jugend, eine Art Junge Pioniere, gemacht. Der Oktober 1956 brachte auch hier eine Wendung. Die neue Leitung vertrat die Tendenz, der Pfadfinderverband müsse eine apolitische Jugendorganisation sein, deren Ziel die Heranbildung "anständiger Menschen und guter Staatsbürger" sein solle.

Die Betonung des apolitischen Charakters der Organisation wurde lange Monate geduldet, bis die Partei im Frühjahr dieses Jahres zu einem Gegenschlag ausholte. Auf der in Lodz stattgefundenen Tagung, über die "Zycie Warszawy" erst am 13. Mai berichtete, hat man die alte Leitung des Vorbandes zum Rücktritt gezwungen. Die Versuche, einen apolitischen Charakter der Organisation aufrechtzuerhalten, wurden als "eine politische Entwaffnung" der Massen der Jugend ausgelegt. In Zukunft arbeitet der Pfadfinderverband

nnter der idealogischen Führung der Vereinigten arbeiterpartei". Die Partei bat sich damit das Monopol der Jugenderziehung gesichert, indem die letzte noch halbwegs selbständige Organisation gleichgeschaltet wurde.

#### 6) Probleme der Westgebiete Polens

Im Mai 1957, also vor einem Jahr, wurde in Polen die Gesellschaft zur Entwicklung der Westgebiete gegründet. Die Ziele dieser Gesellschaft umriß das Vorstandsmitglied, Jan ISYDORCZYK, in der "Trybuna Ludu" vom 3. Mai wie folgt:

"Die Tätigkeitsgebiete der GEW sind Vertiefung und Festigung der sozialen Bindungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, die in den Westgebieten wohnen. Ihre Tätigkeit ist auch wirtschaftlicher Natur, die zur Entstehung und Entfaltung aller Aktivierungsmassnahmen anregt und den Einsatz aller lokalen Kräfte und Ressourcen zum Ziel hat. Sie konzentriert sich auch auf die Verbreitung der Konntnisse über die Probleme der Westgebiete und die Vertiefung der wissenschaftlichen Forschungen, namentlich in den Bereichen der Bevölkerungsstatistik und Wirtschaft, sowie auf die Propagierung unserer Errungenschaften in diesen Gebieten, die der Agitation der revisionistischen Kreise in Westdeutschland einen Riegel vorschieben soll".

IZYDORCYK, der formell stellvertretender Leiter der Gesellschaft ist, tatsächlich aber die Funktion des verantwortlichen Leiters ausübt, ein Altkommunist, der vor dem Kriege die kommunistische Infiltration der Landarbeitergewerkschaft durchführte, ist Mitglied des ZK und hatte schon mehrere wichtige
Posten in Partei und Staafsapparat inne. Er war u.a. Botschafter in Pankow
und Bukarest, sowie Leiter des Amtes für Kirchenangelegenheiten. Das gesteigerte Interesse an den Westgebieten geht in nicht geringerem Masse auf sein
Betreiben zurück. U.a. hat man vom 9. bis 10. Mai eine "Woche der Westgebiete"
in Polen begangen. In dieser Zeit wurde das Schwergewicht der Presse-und
Propagandaarbeit auf die Problematik dieser Gebiete gerichtet, deren Bevölkerung und Wirtschaft in der Zeit der Stalinisierung Polens besonders gelitten
haben.

"Trybung Ludu" stellt am 9. Mai fest, daß das steigende Interesse der Bevölkerung an den Westgebieten nicht immer mit der Kenntnis ihrer Problematik identisch ist. Tatsächlich wurde man in er stalinistischen Ara über die Entwicklung nur sehr mangelhaft und sehr tendenziös informiert. Viele himmelschreiende Fehler, die man dort begangen hat, waren tabu, und man durfte über sie
berhaupt nicht schreiben.

s Anlaß der "Westwoche" brachte die Presse eine Anzahl interessanter

#### nformationen über die Westgebiete, die wir hier wiedergeben möchten:

#### Bevölkerung:

Die derzeitige Bevölkerungszahl der polnischen Westgebiete beträgt 7,2 Millionen (zum Vergleich: 8,5 Millionen im Jahre 1937).

Unter den derzeitigen Bewohnern der Westgebiete sind 43 % chemalige Einwohner der früheren ostpolnischen Lemberg-Wilna-Gebiete. 36 % sind aus Zentralpolen eingewandert, 15 % beträgt die Zahl der alteingesessenen Bevölkerung dieser Gebiete (Westoberschlesier, Masuren usw.), 5 % sind Reemigranten aus Westeuropa und 1 % sind nationale Minderheiten (u.a. Ukrainer).

Die Zahl der Landbevölkerung beträgt 2,4 Mill., was nach polnischen Angaben ungefähr der Zahl vor dem Kriege gleichkommt. Die Stadtbevölkerung ist also um ca. 1,5 Mill. geringer als vor dem Kriege, was z.T. durch die weitgehende Zerstörung der Städte erklärlich ist. Die soziale Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ist aber anders als vor dem Kriege. Unbedeutend ist die Zahl der Rentner. Dagegen wuchs die Zahl der Industriearbeiter von 630.000 vor dem Kriege auf 850.000 jetzt.

Unter den 7,2 Mill. Einwohnern der Westgebiete sind etwa 1 Mill. sogenannter Autochtonen, 4 Mill. eingewandert aus den früheren ostpolnischen Gebieten und Zentralpolen, sowie aus Westeuropa und 2 Mill. Kinder der Einwanderer, die sohon hier geboren wurden.

"Trybung Ludu" vom 20. Mai weist zum ersten Male auf das Problem der Entsteheung einer neuen Gesellschaft, die durch eine gigantische Völkerwanderung und Vermischung von Millionen Menschen und verschiedenem kulturellen und zivilisatorischen Niveau, von verschiedenen Traditionen usw. verursacht wurde. Das in erster Linie macht die Besonderheit dieser Gebiete aus. Diese Probleme systematisch zu studieren, war bis jetzt nicht möglich, weil im stalinistischen Osteuropa die Soziologie als Wissenschaft nicht existieren durfte.

Diese verschiedenen Gruppen, die auf diese Gebiete zuwanderten, bezw. sie seit Jahrhunderten bewohnen, existieren nebeneinander. Der Prozeß der Verschmelzung ist erst am Anfang und lässt sich besonders bei der jüngeren Generation beobachten. Seit dem Oktober 1956 ist man bemüht, Fehler und Unrecht, die man z.B. auch gegenüber der autochthonen deutschen und polnischen Bevölkerung begangen hat - wieder gut zu machen. Was man 12 Jahre lang falsch gemacht hat - lässt sich natürlich nicht in 12 Monaten reparieren.

### ndwirtschaft:

Anzahl der zerstörten Bauernhöfe und Landgüter in den Westgebieten betrug in Jahre 1945 28 % der Gesamtzahl, während in Zentralpolen dieser Prozentatz nur 21 % betrug. 78 % der Felder (3.810.000 ha) lagen nach dem Kriege rach. Besonders starke Verluste erlitt die Landwirtschaft der Westgebiete an behanden Inventar. Nur 8 % Rinder, 3 % Schweine, 10 % Pferde und 3 % Schafe efanden sich dort, als Polen die Verwaltung dieser Gebiete übernahm.

Trybuna Ludu" versucht am 27. Mai zu erklären, warum der Wiederaufbau der Landwirtschaft in den Westgebieten während der vergangenen Jahre nicht voll verwirklicht werden konnte.

Bie Mehrzahl der verfügbaren Mittel musste man für den Wiederaufbau der Beuptstadt, der Zentralgebiete und für die Industriealisierung des ganzen Landes verwenden. Darunter litt die Versorgung der Landwirtschaft im desen mit den nötigen Produktionsmitteln. Die infolge der allgemeinen Industrialisierung eingetretene Abwanderung der Bevölkerung in die industriellen Zentren, die in Zentralpolen positiv zu beurteilen war, weil sie das Problem der Ubersölkerung der Dörfer löste, wirkte sich unter anderen Bedingungen in den Westgebieten ungünstig aus.

Noch viel unheilvoller als die objektiven Schwierigkeiten wirkten sich die Tehler der Landwirtschaftspolitik der stalinistischen Zeit aus. Diese Politik war auf die Kollektivierung der Landwirtschaft der Westgebiete gerichtet und zwar in einem viel stärkerem Maße als in Zentralpolen, weil man wußte, daß der neu im Westen angesiedelte Bauer der Kollektivierungspolitik nicht den gleich starken Widerstand bieten konnte, wie der alteingessene Bauer aus Zentralpolen. Die Folge war der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion sowie zahlreiche Fälle, in denen die mit aller Raffinesse des Systems schika-nierten Bauern einfach ihre Höfe im Stich liessen und entweder in ihre alte Heimat oder in die Städte flüchteten. Nach dem Oktober 1956 hat sich diese Situation von Grund auf geändert. In der kurzen Zeit gelang es, vieles gutzu-machen.

Die 1957 bebaute Fläche war nach Angabe der Zeitung nur unwesentlich kleiner, als die vor dem Kriege. Es gelang allerdings nicht, die Hektarerträge auf die Vorkriegshöhe zu bringen. Während sie in den Jahren 1934 bis 1938 für betreide im Durchschnitt 17,9 dz betrugen, waren & 1957 14,3 dz. Auch der lehbestand liegt noch niedriger, als er vor dem Kriege war. Der Bestand an indern beträgt nur 60 % der Vorkriegshöhe (2.110.000 Stück), der an Schweinen (3.224.000 Stück).

Le Produktion der Landwirtschaft in den Westgebieten - umgerechnet an pro Lopf der Bevölkerung - ist verglichen mit Zentralpolen weschtlich höher. Im Jahre 1957 machte die Bevölkerung der Westgebiete 25,3 % der Gesamtbevölkerung Polens aus. Die Produktion der vier wichtigsten Getreidesorten betrug aber 27.9 % der Gesamtproduktion, für Zuckerrüben, 36,2 %, für Futterpflanzen -52,2 % und für Kartoffeln - 23,6 %.

Obwohl das in den letzten Monaten erreichte noch nicht befriedigend ist, berechtigt doch die allgemeine Entwicklung zu der Annahme, daß das neue Agrarprogramm weitere Erfolge bringen wird.

#### Industrie:

Der Krieg und die sowjetischen Demontagen zerstörten 60 % der Industrie in den Westgebieten. Der Wert der Industrieproduktion dieser Gebiete betrug im Jahre 1957 27 % der gesamtpolnischen Produktion. Sie war nach Angaben der polnischen Presse im vergangenen Jahr um 50 % höher als die Vorkriegsproduktion. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Techniker war um fast 300.000 grösser als in der Vorkriegszeit.

Im Einzelnen betrug die Industrieproduktion der Westgebiete:

	vor dem Kriege (1937)	1957	∀achstum in %
Stromerzeugung	7.0		
(in Milliarden KWh)	3,9	6,9	75
Steinkohle (Mill. t)	26,8	29,9	13
Braunkohle "	5,4	5 <b>,</b> 7	5
Roheisen (Tausend t)	420	533	25
Rohstahl	520	1200	120
Werkzeugmaschinen	1320	9000	700
Schwefelsäure (in Tausend t)	57	250	400

(Obige Angaben laut "Trybuna Ludu" vom 10. Mai - aus einem Interview mit dem Vorsitzenden der Regierungskommission für die Westgebiete, stellvertr. Ministerpräsident, Zenon NOWAK, und "Zycie Warszawy" vom 20. Mai).

## Kulturelles Leben

Die letzten 18 Monaten haben auch hier vieles zu verändern vermocht. Die staatlichen Kredite für kulturelle Zwecke sind erheblich größer als in der stalinistischen Ära. Es entstanden neue, thematisch mit diesem Gebiet verbun-dene Zeitschriften, neue Bühnen, man reaktivierte die wissenschaftlichen

Institute, die im Laufe der Stalinisierung geschlossen wurden: Instytut Blaski (Schlesisches Institut) und Instytut Baltycki (Ostsceinstitut), es entstanden neue Bücherverlange, wiederbelebt wurde auch die Presseagentur der Westgebiete (ZAP). Man bemühte sich, zum Teil mit Erfolg, die Vertreter der Intelligenz in die Westgebiete zu ziehen, aus denen sie in der Zeit der Stalinisierung nach Zentralpolen zurückwanderten, bezw. in die sie unter den damaligen Verhältnissen nicht einwandern wollten.

(Laut "Zyoie Warszawy" vom 9. Mai).

#### 7) Schwierigkeiten mit der Liquidation der Beschäftigungsüberwüchse

Die vor ein paar Monaten gestartete Aktion zur"Liquidierung der Beschäftigungsüberwüchse" in Wirtschaft und Verwaltung verläuft nicht ohne Schwierig-keiten. "Was man bisher auf diesem Gebiete getan hat - schreibt "Trybuna Ludu" am 28. Mai - hat einen sehr beschränkten oder gar einseitigen Charakter".

Dieselbe Zeitung meldet am 31. Mai, daß die Mehrzahl der Betriebe praktisch die aktion darauf beschränkte, alte Leute und Bummelanten oder etwa verheiratete Frauen zu entlassen. Im Verlaufe der Entlassungen kam es oft zu ernsten Verfehlungen". Persönliche Sympathien und Differenzen scheinen dabei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt zu haben."

Die bis jetzt gezeigte Einstellung zu dem Problem ist völlig falsch. Man erwägt grundsätzlich unter dem Standpunkt, wer soll entlassen werden, anstatt wo soll man die Entlassung vornehmen. In vielen Betrieben betachtet man die Aktion als eine einmalige Sache, und man handelt nach der Methode: Abwarten, bis das 'normale' (also alte) Beschäftigungsniveau wieder erreicht wird."

Manche Betriebe warten es gar nicht ab. Sie entlassen eine Anzahl der Beschäftigten und engagieren an ihrer Stelle eine noch gössere anzahl von neuer.

Gänzlich unerwartet fühlen sich die vor ein paar Jahren aus den Dörfern in die Fabrikstädte eingewanderten Arbeiter von der Aktion besonders bedroht. Laut "Trybuna Ludu" vom 4. Mai wuchs die Zahl der Stadtbevölkerung in den Jahren 1945/56 von 8,9 Mill. auf 12,6 Mill. In der gleichen Zeit fiel der prozentuale Anteil der Dorfbevölkerung von 64 % auf 55 %. Ein Teil, der in die Städte eingewanderten Bauern ist noch durch wirtschaftliche und persönliche Bande mit dem Dorf verbunden. In vielen Betrieben ist man dazu übergelängen, die jenigen zu entlassen, die halb Arbeiter, halb Bauern sind. Daraufhin klagt "Trybuna Ludu": "Manche, die sich für 'Politiker' halten, haben aus diesem Grunde die These geschmiedet, die Liquidation der Überbechäftungsauswüchse wende sich gegen die Interessen des Dorfes." Diese Interechäftungsauswüchse wende sich gegen die Interessen des Dorfes." Diese Interech

retation wäre aber falsch. Der eigentliche Zweck der Aktion, die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft, vor allem der Industriebetribe, ist vielfach vergessen worden. Von dem Gelingen der Aktion hängt aber weitgehend die wirtschaftliche Gesundung des Landes ab.

#### 8) "Noue Wege" der Arbeiterselbstverwaltung

Im April 1958 führte GOMULKA praktisch die Liquidation der Arbeiterräte durch, indem er sie mit den Betriebsräten und den Betriebsparteiorganisationen koppelte. Die neuenstandene Institution mit dem schön klingenden Namen "Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung" erinnert nur wenig an die nach dem Oktober 1956 entstandenen Arbeiterräte, die die Führung der Betriebe übernehmen sollten. Die Tätigkeit der neuen Organe wird hauptsächlich auf die Kontrolle der Wirtschaftsverwaltung (Direktion) beschränkt.

"Trybuna Ludu" befasst sich am 15. Mai noch einmal mit dem Problem der sogen.
Arbeiterselbstverwaltung und versucht, die praktische Liquidation der Arbeiterräte ihren Lesernschmackhaft zu machen:

"Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Arbeiterräte vor allem in der ersten, übrigens recht schwierigen Zeit ihres Bestehens in vielen Betrieben zu einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Erfolge und zum Ordnen der Betriebsökonomik beigetragen haben, daß sie ein Instrument des Kampfes gegen Verkalkung und Routine in so macher Verwaltung waren. Nicht unerwähnt bleiben darf ferner, daß auf Initiative und unter Mitwirkung der Arbeiterräte Voraussetzungen für ein stärkeres Interesse der Betriebsbelegschaften an der Produktion geschaffen wurden. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hat die Bildung der Arbeiterräte als einen bedeutenden Schritt vorwärts auf dem Weg zur Demokratisierung des Lebens im Betrieb empfunden, der ihr bei der Uberwindung der übermässig zentralisierten Bürokratie half. Aber gleichzeitig vermochten sie keinen ædikalen und spürbaren Wandel herbeizuführen, was die Erhöhung des Einflusses der Belegschaften auf das Fabrikgeschehen betrifft. Im Laufe der Zeit häuften sich solche Erscheinungen, die von einer gewissen Loslösung von den Belegschaften zeugten, von einem zu eng gefassten und begrenzten Kontakt des Rates und der Ratsmitglieder mit den Arbeitern. Die bisherigen Erfahrungen mit der Tätigkeit der Arbeiterräte brachten uns also die Überzeugung, daß diese, zwar wertvoll, aber immerhin nur eine beschränkte Form der Selbstverwaltung darstellen und, unabhängig von der Intention ihrer Schöpfer, keine volle Mitbeteiligung der Belegschaften an der Verwaltung des Betriebes zu gewährleisten vermögen. Aus diesem Grundekann auch bei dieser Form haltgemacht werden.

Der Arbeiterrat, der seine uarissene Aufgabenstellung hat als eine von der Belegschaft gewählten gesellschaftlichen Körperschaft, ist eine Arbeiterorganisation. Doch keineswegs die einzige im Betrieb. Ausser ihm gibt es ja noch den Betriebsrat, der die grösste Massenorgahisation der Arbeiter, die Gewerkschaften repmäsentiert. Die Aufgaben, die die Gewerkschaften zu erfüllen haben, sind jedermann klar: Eintreten für die Interessen der Belegschaft, aber unter unseren konkreten Bedingungen in einen Staat ohne Kapitalisten, ohne Werkbesitzer. Das Eintreten für die Interessen der Arbeiter bedeutet auch die Mitwirkung am Herausarbeiten eines möglichst großen Betriebserfolges. Somit haben wir zwei Arbeiterorganisationen. deren Aufgaben sich miteinander verflechten, die beide die Interessen der Belegschaft vertreten, die beide Elemente der Arbeiterselbstverwaltung sind. Deshalb ist die Schaffung bestimmter Formen der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der Arbeiterräte mit den Betriebsräten zu einer unumgängigen Voraussetzung für die Erweiterung der Arbeiterdemokratie geworden. Aber das ist noch nicht alles. Lehrt doch die Erfahrung, daß die Ausklammerung der Parteiorganisation aus der Selbstverwaltung gleichfalls zu nichts Gutem führt. Viele Tatsachen beweisen, daß dort, wo die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken von Arbeiterrat, Betriebsrat und Parteileitung nicht abgerissen sind, das gesteckte Ziel besser erreicht werden konnte. Natürlich muß dieses Leitungsprinzip richtig verstanden werden, keineswegs als irgendein Kommandieren oder mechanisches Unterordnen beider Glieder der Arbeiterselbstverwaltung unter die Entscheidungen des Botriebsparteikomitees."

#### . Kulturelle und Soziale Probleme

# Ankündigung der Unterdrückung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung

auf einer Beratung des ZK, die den Problemen der Wissenschaft in Volkspolen gewidmet war, umriß das Politbüromitglied und Sekretär des ZK, JERZY MORWASKI, die Linie der Partei. "Trybuna Ludu" brachte am 31. Mai Ausschnitte aus seiner dort gehaltenen Rede:

"Vieles hat die derzeitige, unbefriedigende Situation auf dem Gebiete der Wissenschaft verursacht, Eine der Ursachen ist, daß viele Genossen sich selbst entwaffnet haben und den ideologischen und politischen Einflüssen der Gegner des Sozialismus unterlagen. Anderes brachte eine skeptische oder gar negierende Einstellung mancher Genossen zu den bischerigen Errungenschaften des marxistischen Gedankengutes mit sich. Solche Tendenzen und eine solche Haltung bedrohen die wissenschaftlichen Grundlagen unseres Systems. Das eben nennen wir Revisionismus in der Ideologie."

"In einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und in einzelnen Hochschulen sind nicht wir, sondern unsere Gegner in der Offensive. Die Politik der Partei gestützt auf die Basis des Marxismus-Leninismus, entwickelte sich in einer Richtung, unsere Wissenschaft zum großen Teil in einer anderen. Da wir nicht beabsichtigen, die Richtung, in der sich unser Land entwickelt, zu ändern - muß in der Wissenschaft eine Änderung eintreten. indem die marxistische, sozialistische Richtung entscheidenden Einfluß bekommt.

Es handelt sich also darum, daß wir in den Zentren der Wissenschaft, in den Hochschulen, nach den bisherigen Deklarationen zu einer wirklichen ideologischen, politischen Offensive übergehen. Die sozialistische Demokratie, die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung können nicht gedeihen, wenn unsere Genossen Wissenschaftler eine neutrale Haltung einnehmen und keinen aktiven Anteil an dem geführten politischen Kampf haben."

Die letzte zitierte Feststellung MORAWSKIs mutet zynisch an, wenn man bedenkt, daß die Unterdrückung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, die nach dem Oktober 1956 so viel versprechend florierte, angekündigt wurde. In wenigen Monaten wird wahrscheinlich ein neues Kapitel abgeschlossen sein, das Kapitel der Gleichschaltung der Wissenschaft in ein wieder totalitär werdendes System.

#### Gleicher Start für Arbeiter- und Bauernstudenten?

pie polnische Presse schrieb in der letzten Zeit alarmierend über eine bedrohliche Entwicklung auf den Hochschulen. "Trybuna Ludu" schreibt darüber am 3. Mai 1958:

"Seit mehreren Jahren beobachten wir in den Hochschulen eine beunruhigende Tendenz: Die Zahl der Arbeiter und Bauernsöhne unter den Studenten wird immer geringen."

Aufgrund der Angaben des Hochschulministeriums betrug der Prozentsatz der Arbeiter- und Bauernstudenten im Schuljahr 1953/54 59 %, im laufenden Schuljahr dagegen nur 52 %. In den ersten beiden Studiensemestern gab es 1953/54 60 % Studenten dieser Kategorie, jetzt dagegen nur 44,6 %.

Das Parteiblatt versucht die Gründe für diese Entwicklung zu finden und kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine der Ursachen eine deutliche Entwertung der Hochschulbildung unter den jungen Arbeitern und Bauern sei. Auch ohne Hochschuldiplom; kann ein junger Arbeiter mehrere Tausend Zloty in der Fabrik verdienen, in der ein junger Ingenieur manchmal finanziell schlechter gestellt ist.

Ohne Zweifel sind aber auch die Kinder der Arbeiter und Bauern beim Hochschulstudium den Kindern der Intelligenzschicht gegenüber benachteiligt. Als man nach dem Oktober 1956 die Hochschulen auch für die jenigen eröffnete, die vorher aufgrund ihrer sozialen Herkunft zum Hochschulstudium nicht zugelassen werden durften, strömten viele der früher "Geächteten" in die Hochschuleh. Bei der Zulassungsprüfung haben die Kinder der Intelligenzschichten die Kandidaten aus dem Bauern- und Arbeitermilieu meistens aufgrund einer besseren Vorbildung überholt.

Das Parteiblatt meint, an dem Prinzip, das die Begabtesten zum Studium zugelassen würden, solle nichts geändert werden. Es handelt sich nur darum, wie
soll man Begaung und Vorbereitung zu m Hochschulstudium bewerten. Bei den
Bauern - und Arbeiterstudenten erlebt man in der Regel, daß sie anfangs mit
dem Studium mehr Schwierigkeiten haben, als die "Intelligenzler". Dafür arbeiten sie aber solider, systematischer und ausdauernder als die letzteren und
bewähren sich im Laufe des Studiums immer besser. Diese Momente müsse man
bei der Zulassungsprüfung gehr als bisher berücksichtigen, damit die richtigen Proportionen wieder hergestellt werden - so meint das Blatt.

#### 3) Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Wie "Zycie Warszawy" vom 25. Mai meldet, hat der Vertreter des Arbeits- und Volkswohlfahrtsministeriums Angaben über die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt gemacht. Aus diesen Angaben geht hervor, daß im Laufe der "Liquidierung der Überbeschäftigung" bis zum 30. April 1958 150.000 Personen gekündigt wurden, von denen 110.000 bereits entlassen sind. Man rechenet damit, daß die Zahl der Entlassenen insgesamt auf über 200.000 anwachsen wird.

Aus der Zentralverwaltung hat man in den ersten vier Monaten d. J. 4.000 Angestellte entlassen. Ihnen sollen noch weitere 3.000 folgen. Aus der örtlichen Verwaltung wird man 17.000 entlassen. Diese Aktion hat erst jetzt begonnen. Die Verwaltung der Genossenschaften soll um 12.000 Personen verringert werden.

Die Industrie wird durch die Liquidierung der Überbeschäftigung in diesem Jahre 600 Mill. Zloty an Arbeitslöhnen einsparen. Der Lohnfonds in der Landwirtschaft wird um 400 Mill. und im Genossenschaftswesen um ca. 150 Mill. Zloty verringert.

Laut offiziellen Angaben gab es in Polen Ende April 55.000 registrierte Arbeitssuchende und va. 150.000 freie Arbeitsplätze. Allerdings haben sich die Disproportionen in der Verteilung der Arbeitssuchenden in den verschiedenen Bezirken Polens weiterhin verschärft. In allen industriellen Zentren macht sich ein Mangel an Arbeitskräften empfindlich bemerkbar.

#### 4) Schule ohne Religionsunterricht gefordert

Zu einer gewissen Verschärfung der Beziehung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche hat in der letzten Zeit u.a. der gesteigerte Kampf um eine "Laizistische Schule" beigetragen. Am 25. Mai endete die Gründungstagung der "Gesellschaft für die Laizistische Schule" in Warschau. In dem durch die Presse veröffentlichten Beschluß der Gesellschaft fordert man, daß in allen Lehrerausbildungsinstituten kein Religeionsunterricht stattfinden soll. In den übrigen Schulen soll der Religionsunterricht ausschliesslich ausserhalb des normalen Schulplanes staftfinden.

Bekanntlich hat man nach dem Oktober den Religionsunterricht in den normalen Schulplan aufgenommen, allerdings ist die Beteiligung an diesem Unterricht den Schülern freigestellt.

# 5) Bücher eingestampft

Die in der stalinistischen Ära überall im Lande organisierten "Kulturräume", "Kulturhäuser" usw., die einer "nützlichen" Freizeitgestaltung, d.h. den propagandistischen Zwecken des Regimes dienen sollten, haben den Oktobersturm des Jahres 1956 nicht überdauert. Tausende von diesen kostspieligen Schöpfungen, die - von allen gänzlich boykottiert - leer standen, wurden aufgelöst.

Dasselbe Schicksal erlitt das imposante "Wojewodschaftshaus für Kultur" in der Stadt Roeszow. Die 35.000 Bände zählende Bibliothek des Hauses wurde laut Anordnung des Ministeriums für Kultur den öffentlichen Bibliotheken überwiesen. So sollten die dort verstaubten, ungelesenen Bücher an die Wojewodschaftsbibliothek in Roeszow abgegeben werden.

Die Bibliotheksräume in Polen sind aber meistens schon sehr in Anspruch genommen, und nicht anders war es auch in diesem Falle. Die Leitung hat überlegt, wo sie den unerwarteten Reichtum unterbringen soll. Man hat nur eine kleine Anzahl der geschenkten Bücher ausgesucht, um sie in den Regalen aufzustellen. Den Rest warf man in die Kellerräume, um sie später den Papierfabriken zum Einstampfen zu übergeben.

"Trybuna Ludu" schreibt am 30. Mai voller Empörung darüber, d.a. auch daß unter den zu m Einstampfen bestimmten Büchern Werke von GORKI, TURGENJEW, die Werke ANDERSEN-NEXÖ, EHRENBURG, HERZEN und sogar/der Klassiker des Marxiemus-Leninismus waren. Einen Teil dieser Bücher konnte man noch vor den Papier-mühlen retten.

#### B. Polen und das Ausland

#### 1) "Freundschaftsbesuch" in Balkanländern

Nach den vorjährigen Besuchen in der CSR und der DDR begab sich im Mai d.J. die polnische Partei- und Regierungsdelegation, geführt von GOMULKA und CYRANKIEWICZ, nach Bulgarien, Ungarn und Rumänien.

Am Vortage dieses Besuches schrieb "Trybuna Ludu" (am 5. Mai) in ihrem Leitartikel:

"Eine Delegation des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen unter Leitung der Genossen Gomulka und Cyrankiewicz hat sich zu offiziellen Besuchen nach Bulgarien, Ungarn und Rumänien begeben. Das ist die Fortsetzung von Besuchen dieser Art, da Partei- und Regierungsdelegationen im Zeitraum von eineinhalb Jahren bereits in der SU, in Jugoslawien, der CSR und in der DDR weilten. Wie die Erfahrungen zeigen, dienen solche Besuche der Festigung der brüder-lichen Beziehungen zu den Völkern, die den Sozialismus aufbauen, tragen sie zur Verstärkung und Verbesserung unserer Zusammenarbeit mit ihnen und zur Verteifung des gegenseitigen Verständnisses bei...

Man braucht niemanden zu überzeugen, wie wesentlich und wichtig die zweiseitigen Kontakte zwischen unseren Ländern sind. Jedes dieser Länder baut den Sozialismus unter verschiedenen Bedingungen und Traditionen, sowie unter Berücksichtigung eigener Spezifik auf. Man bekommt dadurch Gelegeneheit, sich mit den Erfahrungen der Nachbarn bekannt zu machen...

Freundschaft, gegenseitige Hilfe, Achtung, Gleichberechtigung - das sind die Grundlagen, die festesten Grundlagen wahrer Verbundenheit und nützlicher Zusammenarbeit unter den sozialistischen Ländern."

Mit dieser deutlichen Betonung begann die Reise. Nach der ersten, wenig wichtigen Etappe in Sofia, reiste man nach Budapest. Von dort vernahmen die bestürtzten Polen GONULKAS Worte, in denen er den ungarischen Aufstand und Freiheitskampf als Konterrevolution bezeichnete und die sowjetische. Intervention gut hieß.

Die wichtigste Station auf GOMULKAs Balkanreise war aber die rumänische Hauptstadt. Wie aus eingeweihnten Kreisen Warschaus verlautet, erband man in Warschau mit diesem Besuch gewisse Hoffnungen. Man glaubte nämlich, in Rumänien den Ostblockstaat gefunden zu haben, der für die Besonderheiten des "polnischen Weges" im Augenblick das meiste Verständnis aufbringt. Es lässt sich nicht bestreiten, daß sich der Empfang der polnischen Delegation in Bukarest durch Spontanität und betonte Herzlichkeit sehr von dem

Bulgarien und Ungarn unterschied.

Der Besuch entbehrte auch nicht gewisser politischer Akzente seitens der Gastgeber, die auf mehr als nur Sympathie hindeuteten. Allerdings muß man bezweifeln, ob es GOMULKA, der nach den Enttäuschungen in China und einer ihm aufgezwungenen Distanzierung von Tito krampfhaft auf der Suche nach einem Verbündeten innerhalb des Ostblocks ist, gelingen wird, in den Rumänen das zu finden, was er erhofft. Ein leiser sowjetischer Druck würde genügen, um den polnisch-rumänischen Flirt jäh zu unterbrechen. Die Sowjets würden sicherlich nicht eine zu enge polnisch-rumänische "Koalition" vor ihrer Grenze dulden.

#### 2) GOMULKA gestern und heute...

Aus dem Aufruf des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei veröffentlicht in "Trybuna Ludu" am 2. November 1956:

"Unser ganzes Herz war an der Seite der ungarischen Arbeiter und all derjenigen, die mit ihnen um die sozialistische Demokratisierung, gegen die
Kräfte, die mit allen Mitteln die alte, vom Volke verhasste Art des Regierens aufrecht erhalten wollten, gekämpft haben. Die ehemalige Leitung
der Ungarischen Arbeiterpartei ... statt gleich und konsequent die dem
Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerung entsprechende Lösung zu suchen - rief die sowjetische Armee
zu Hilfe. Es war ein in seinen Folgen tragischer Entschluß,"

"Wir vertreten die Meinung, daß die Frage der Erhaltung der Volksmacht und der Errungenschaften des Sozialismus in Ungarn nur durch das ungarische Volk selbst zu entscheiden ist und nicht durch eine fremde Intervention."

GOMULKA auf einer Versammlung in Warschau am 29. November 1956:

"Ich denke an die tragischen Ereignisse in Ungarn. Wir bedauern aufrichtig und tief, daß sich die Lage in Ungarn so entwickelt hat, daß auf Ersuchen der ungarischen Regierung sowjetische Truppeneinheiten im inneren Kampf in diesem Lande eingesetzt wurden."

#### GOMULKA am 10. Mai 1958 in Budapest:

"Tir erlebten alles, was im Herbst 1956 in Ungarn geschah, sehr schwer. Es tat uns sehr weh, daß es den Kräften der Konterrevolution, der ungarischen und ausländischen Reaktion gelang ... einen Teil der Bevölkerung gegen die Volkstegierung . gegen die Solidarität der sozialistischen Länder zu hetzen. Tief tragisch ist die Tatsache, daß an der Seite der Konterrevo-

lution neben den Erzfeinden des Sozialismus auch betrogene Menschen kämpften, die glaubten, daß sie für die Demokratie eintreten...

Wir sahen klar, daß die Niederkämpfung der Konterrevolution - ohne Rücksicht auf die Ursachen, die sie zustande gebracht haben - notwendig war. Deshalb haben wir den Entschluß der SU, den Entschluß den sozialistischen Kräften in Ungarn zu Hilfe zu kommen, für richtig und notwendig gehalten. Unter der ægebenen Situation, die damals in Eurem Lande herrschte, war das seitens der SU die Erfüllung ihrer internationalen Pflichten..."

GOMULKA in Budapest am 15. Mai 1958+

"Das ungarische Volk zerschlug mit Hilfe der SU und mit Unterstützung der sozialistischen Länder die Konterrevolution..."

#### 3) Neue Stellungnahme zur Jugoslawienfrage

Am 14. Mai veröffentlichte das Parteiorgan "Trybuna Ludu" eine ganzseitige Stellungnahme zum jugoslawischen Parteiprogramm. Sie ist in ähnlichem Ton - sachlicher und freundschaftlicher Kritik gehalten, wie eine frühere Erklärung, die hier schon im vergangenen Monat besprochen wurde.

Als besonders wichtig und bedeutsam erscheint aber die folgende Feststellung des polnischen Parteiblattes:

"Im Jahre 1948 begann für die jugoslawischen Kommunisten die Zeit der schweren Probe: Sie wurden ohne eigene Schuld aus der internationalen Kommunistenbewegung ausgestoßen. In dieser besonders schweren Zeit vermochten sie den sozialistischen Charakter ihres Staates aufrecht zu erhalten."

Mit diesen Worten distanziert sich GOMULKA deutlich von der Hetze, die vor allem seitens der Chinesen und Russen gegen TITO betrieben wird. Wie lange GOMULKA noch diese unabhängige Position gegenüber Jugoslawien wird halten können, wird wahrscheinlich lediglich von der Intensität des sowjetischen Druckes auf ihn abhängen.